

Maßnahmen der Untersuchungshaft- und Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung in der JVA Bielefeld-Brackwede I

Jahresbericht 2007



**v. Bodelschwingsche Anstalten Bethel,
Stiftungsbereich Integrationshilfen**

KIM – Soziale Arbeit e.V. Paderborn

als Träger der Maßnahme

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Maßnahmen der Untersuchungshaftvermeidung	4
2.1. Anzahl der außer Vollzug gesetzten Haftbefehle	4
2.2. Eingesparte Hafttage durch Maßnahmen der Untersuchungshaftvermeidung	5
2.3. Detaillierte Aufstellung der eingesparten Hafttage	6
2.4. Haftgründe bei eingeleiteter Untersuchungs- haftvermeidung	7
2.5. Sozialpädagogische bzw. sozialarbeiterische Hilfen bei eingeleiteter Untersuchungshaftvermeidung	7
2.6. Staatsangehörigkeit	8
2.7. Inhaftierte unter 28 Jahren	8
3. Eingesparte Hafttage durch Maßnahmen der Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung	9
4. Zusammenfassung	11

1. Einleitung

Seit dem 01.04.2003 beauftragt das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen freie Träger der Straffälligenhilfe mit der Durchführung von Maßnahmen der Untersuchungshaft- und Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung in der JVA Bielefeld-Brackwede I.

Vom 01.04.2003 bis zum 30.04.2007 wurden diese Maßnahmen durch den **SKM – Katholischer Verein für Soziale Dienste in Bielefeld e.V.** und **KIM – Soziale Arbeit e.V. Paderborn** durchgeführt.

Mit dem 01.05.2007 ist der **Stiftungsbereich Integrationshilfen der v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel** an die Stelle des SKM Bielefeld e.V. getreten.

Zwischen der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede I und den freien Trägern wurden Kriterien entwickelt, unter denen eine Einleitung von Maßnahmen der Untersuchungshaftvermeidung bzw. Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung sinnvoll erscheint.

Sowohl die gesicherte Kooperation aller Beteiligten als auch deren vertrauensvolle Zusammenarbeit stellen unabdingbare Voraussetzungen einer Wirksamkeit dieser Maßnahmen dar.

Die Zuweisung der Haushaltsmittel der Justiz für das Jahr 2007 erfolgte auf der Grundlage des Jahres 2003; diese effektiv 25 %ige Kürzung der Mittel bewirkt weiterhin eine Reduzierung unserer Arbeitszeit und damit einer Verminderung der Arbeitseffizienz.

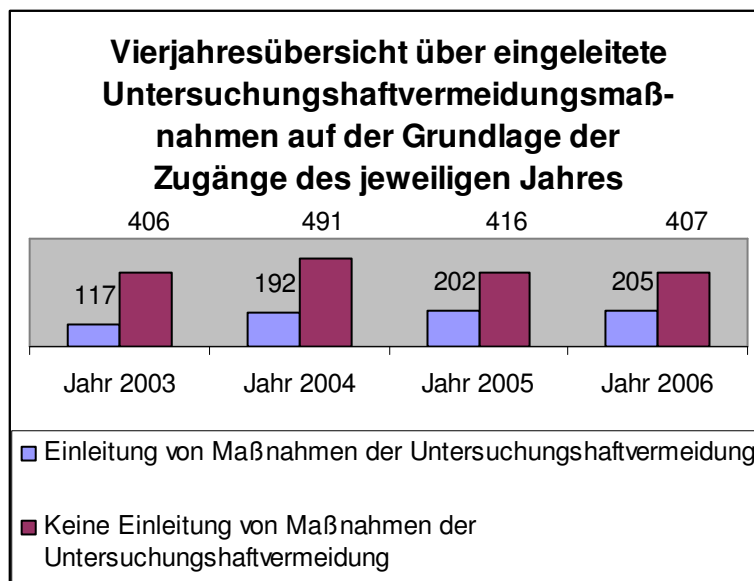
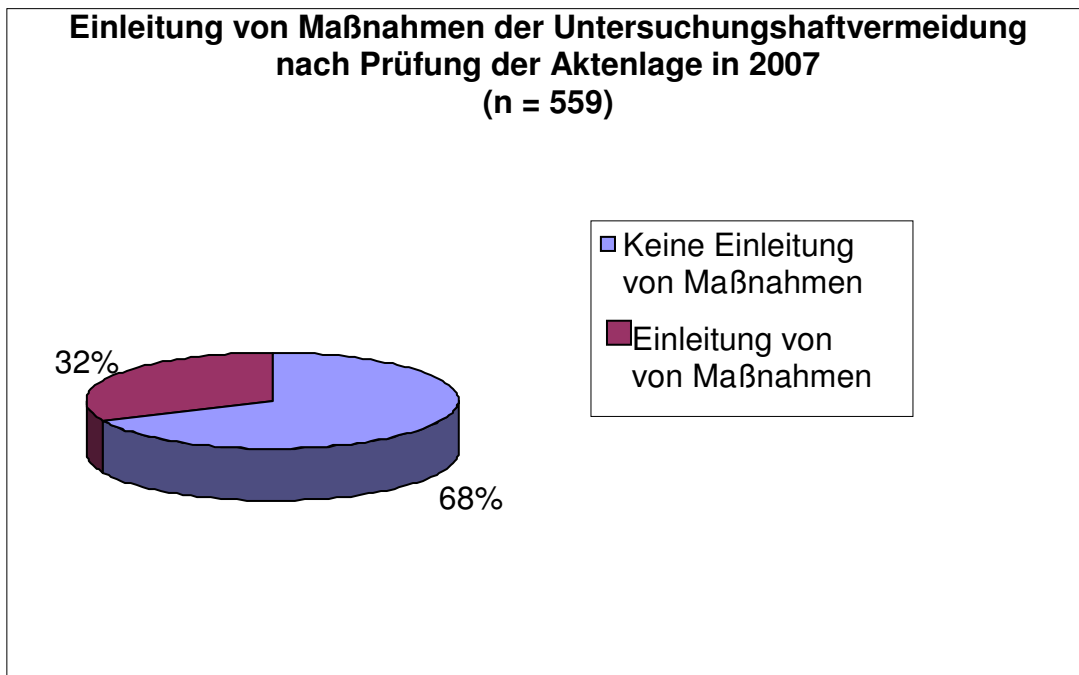
Die folgende Auswertung bezieht sich auf den Zeitraum vom 01.01. – 31.12.2007.

In diesem 5. Jahresbericht stellen wir in Form einer Übersicht über die letzten 4 Jahre die Gesamtentwicklung dieses Projektes dar.

2. Maßnahmen der Untersuchungshaftvermeidung

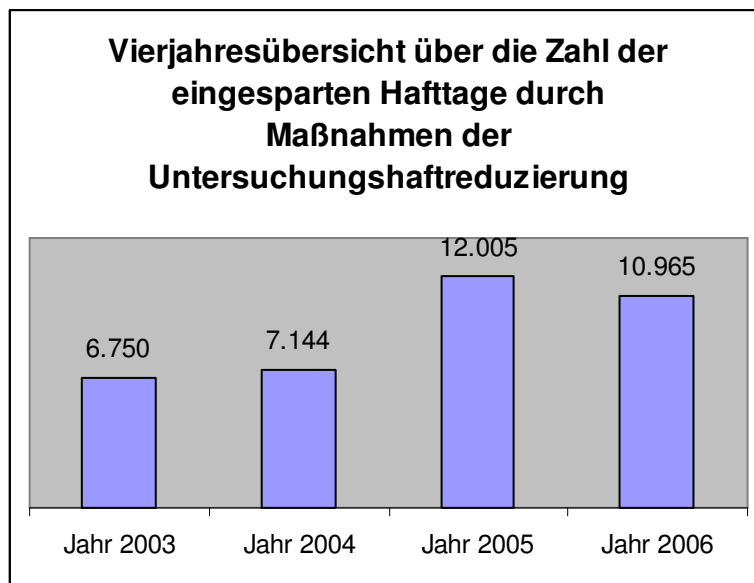
2.1. Anzahl der außer Vollzug gesetzte Haftbefehle

Von 559 (2006: 612) in Untersuchungshaft befindlichen Personen wurden bei 178 (2006: 205) Personen Haftbefehle außer Vollzug gesetzt, da weniger einschneidendere Maßnahmen den Zweck der Untersuchungshaft erreicht hatten; dies entspricht einem Prozentsatz von ca. 32 % (2006: 33 %).



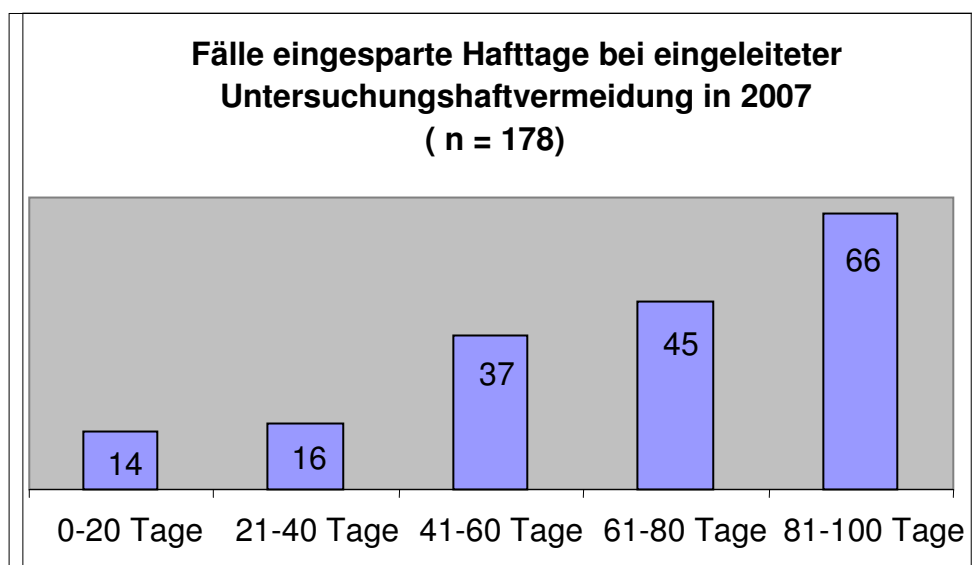
2.2 Eingesparte Hafttage durch Maßnahmen der Untersuchungshaftvermeidung

Ausgehend von einer durchschnittlichen Verweildauer von 100 Tagen wurden insgesamt 11.701 Hafttage (2006: 10.965 Hafttage) eingespart.



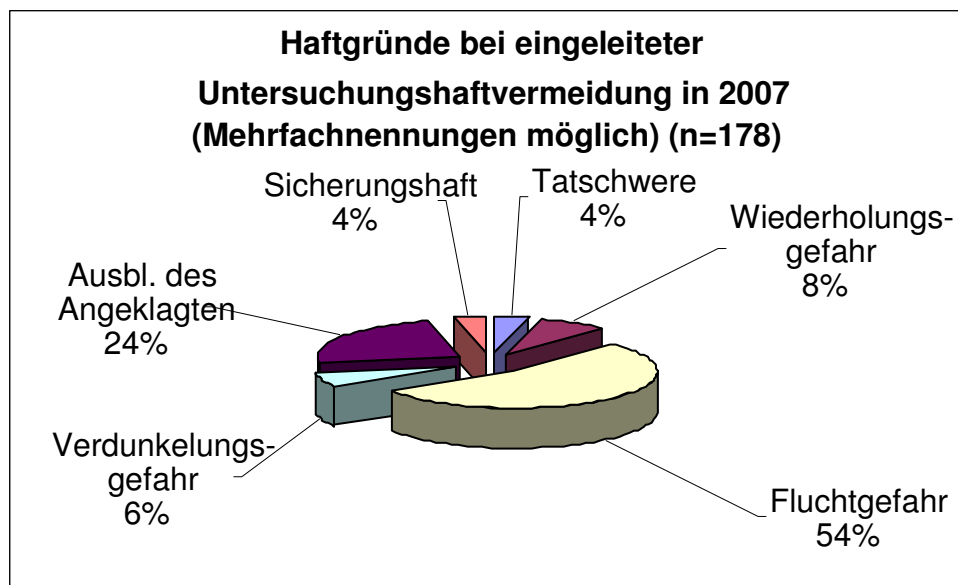
2.3 Detaillierte Aufstellung der eingesparten Hafttage

In der folgenden Grafik stellen wir die eingesparten Hafttage bei eingeleiteter Untersuchungshaftvermeidung detaillierter dar.



Es fällt auf, dass ähnlich wie in den zurückliegenden Jahren deutlich häufiger 60 – 100 Hafttage als 0 – 59 Hafttage eingespart werden konnten. Dies führen wir auch auf die Routine in unserer Arbeit, auf die enge Vernetzung innerhalb der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede I und auf die gute Kooperation mit Richtern, Staatsanwälten und Strafverteidigern zurück. Inzwischen hat sich das Projekt Untersuchungshaftvermeidung bei vielen Richtern, Rechtsanwälten und Strafverteidigern etabliert.

2.4 Haftgründe bei eingeleiteter Untersuchungshaftvermeidung



Neben dem hohen Prozentsatz des Haftgrundes Fluchtgefahr (54 %) fällt der Haftgrund des Ausbleibens des Angeklagten bei der Gerichtsverhandlung (24%) auf.

2.5 Sozialpädagogische bzw. sozialarbeiterische Hilfen bei eingeleiteter Untersuchungshaftvermeidung

Bei der psychosozialen Begleitung geht es schwerpunktmäßig um die Stabilisierung sozialer Beziehungen zu Partnerinnen, Eltern, Kindern und sonstigen wichtigen Bezugspersonen. Es konnte durch unsere Arbeit nachgewiesen werden, dass das unterstellte Fehlen sozialer Kontakte nicht gerechtfertigt war bzw. dass ein fester Wohnsitz des Inhaftierten bestand.

Acht Inhaftierte (2006: 9) sind in betreute vollstationäre und teilstationäre Wohneinrichtungen gemäß § 67ff. SGB XII vermittelt werden.

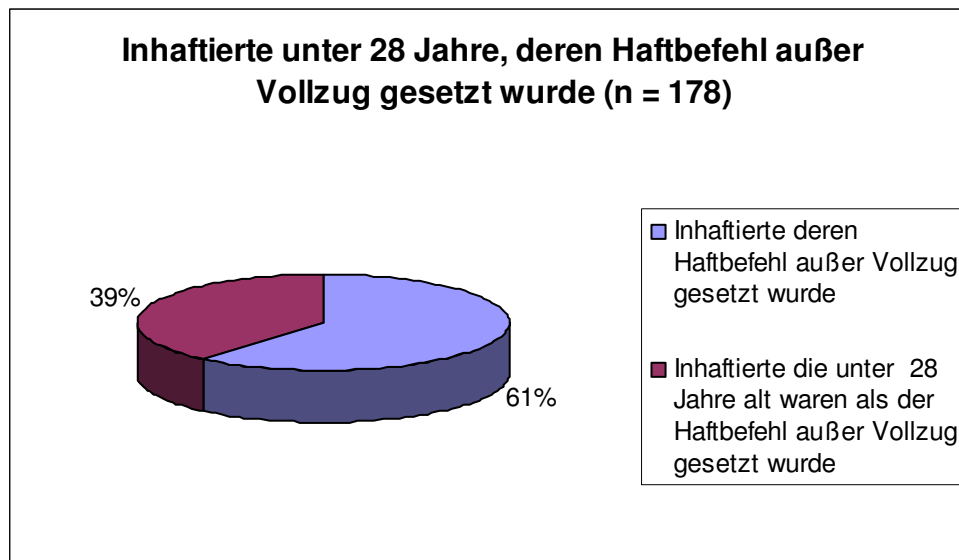
Durch die Tätigkeit der freien Träger sind deren regionale und fachliche Ressourcen zur Verbesserung der Lebenslage und damit der Sozialprognose der Klienten genutzt worden.

2.6 Staatsangehörigkeit

In der Gruppe der 178 Untersuchungshaftgefangenen, deren Haftbefehl im Berichtszeitraum außer Vollzug gesetzt wurde, besaßen 111 und somit 62 % (2006: 51 %) die deutsche Staatsbürgerschaft.

2.7 Inhaftierte unter 28 Jahren

In diesem Jahresbericht erfassen wir differenzierter, wie viel Prozent der Inhaftierten, deren Haftbefehl außer Vollzug gesetzt wurde, zum Zeitpunkt der Haftentlassung unter 28 Jahren alt waren. Im Berichtszeitraum traf dies auf 32 % der Entlassenen zu.



3. Eingesparte Hafttage durch Maßnahmen der Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung

Neben der Untersuchungshaftvermeidung stellt die Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen einen weiteren Schwerpunkt unserer Aufgaben dar.

Anhand der digitalen Zugänge in die JVA Bielefeld-Brackwede I prüfen wir von montags bis freitags täglich, ob zu einer Ersatzfreiheitsstrafe verurteilte Gefangene in die Haftanstalt aufgenommen worden sind bzw. werden informiert, wenn bereits inhaftierte Straf- bzw. Untersuchungs- haftgefangene noch eine Ersatzfreiheitsstrafe abzuleisten haben.

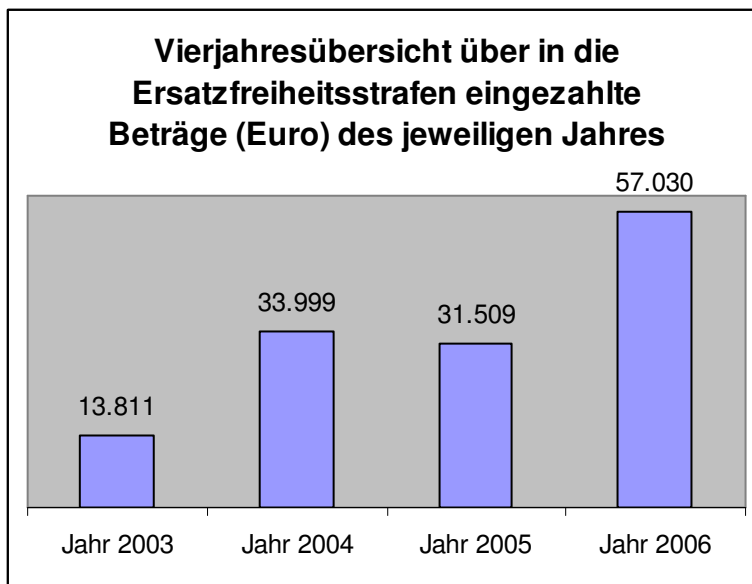
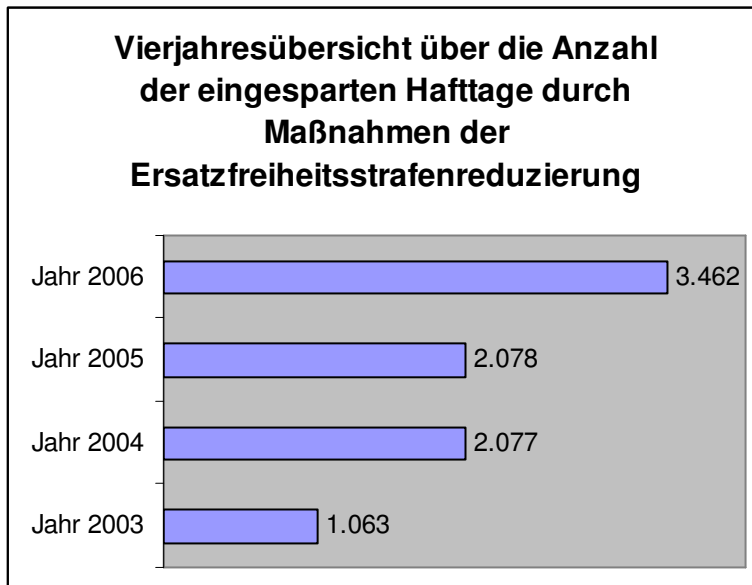
Daraufhin suchen wir alle betreffenden Gefangenen persönlich auf und befragen diese, ob die Geldstrafe entweder durch sie selbst bzw. durch Angehörige und Freunde zumindest teil- oder ratenweise überwiesen werden kann. Falls es diesbezügliche Möglichkeit gibt, unterstützen wir die Gefangenen bei der telefonischen Kontaktaufnahme.

Bei der Bewertung der folgenden Zahlen ist zu bedenken, dass der größte Teil der Ersatzfreiheitsstrafen in den beiden offenen Justizvollzugsanstalten Bielefeld-Brackwede II und Bielefeld-Senne verbüßt werden.

Nach Einleitung von Maßnahmen der Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung wurden von **40 Gefangenen 20.806,50 EUR** auf die Konten der Justiz eingezahlt; damit wurde eine Haftvermeidung von insgesamt **1805 Tagen** erreicht.

**Eingesparte Hafttage durch Maßnahmen der
Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung in 2007**

1805 Tage



4. Zusammenfassung:

Von 559 (2006: 612) in Untersuchungshaft befindlichen Personen wurden bei 178 (2006: 205) Personen Haftbefehle außer Vollzug gesetzt, da weniger einschneidendere Maßnahmen den Zweck der Untersuchungshaft erreicht hatten; dies entspricht einem Prozentsatz von ca. 32 % (2006: 33 %).

Ausgehend von einer durchschnittlichen Verweildauer von 100 Tagen wurden insgesamt 11.701 Hafttage (2006: 10.965 Hafttage) eingespart. Es fällt auf, dass ähnlich wie in den zurückliegenden Jahren deutlich häufiger 60 – 100 Hafttage als 0 – 59 Hafttage eingespart werden konnten. Dies führen wir auf die weiter zunehmende Routine in unserer Arbeit, auf die enge Vernetzung innerhalb der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede I und auf die gute Kooperation mit Richtern, Staatsanwälten und Strafverteidigern zurück. Inzwischen hat sich das Projekt Untersuchungshaftvermeidung bei vielen Richtern, Rechtsanwälten und Strafverteidigern etabliert.

Neben dem hohen Prozentsatz des Haftgrundes Fluchtgefahr (54 %) fällt der Haftgrund des Ausbleibens des Angeklagten bei der Gerichtsverhandlung (24%) auf.

Acht Inhaftierte (2005: 9) sind in betreute vollstationäre und teilstationäre Wohneinrichtungen gemäß § 67ff. SGB XII vermittelt werden.

Durch die Tätigkeit der freien Träger sind deren regionale und fachliche Ressourcen zur Verbesserung der Lebenslage und damit der Sozialprognose der Klienten genutzt worden.

In der Gruppe der 178 Untersuchungshaftgefangenen, deren Haftbefehl im Berichtszeitraum außer Vollzug gesetzt wurde, besaßen 111 und somit 62 % (2006: 51 %) die deutsche Staatsbürgerschaft.

Nach Einleitung von Maßnahmen der Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung wurden von 40 Gefangenen 20.806,50 EUR auf die Konten der Justiz eingezahlt; damit wurde eine Haftvermeidung von insgesamt 1805 Tagen erreicht.